

# Laibacher Zeitung.



Nr. 236.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 14. Oktober

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20. Insertionskempel jedesm. 30 kr.

1873.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhen allergnädigst nachfolgendes Allerhöchste Befehlsschreiben zu erlassen:

Ich bewillige Meinen Herren Brüdern: dem Feldmarschall-Lieutenant Erzherzog Karl Ludwig und dem Generalmajor Erzherzog Ludwig Victor, dann Meinen Herren Vettern: dem Feldmarschall Erzherzog Albrecht und den Feldmarschall-Lieutenants Erzherzogen Sigmund und Rainer die Annahme und das Tragen des k. italienischen Annunciade-Ordens. Eisenz, am 2. Oktober 1873.

Franz Joseph m. p.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Supplenten am Staatsgymnasium in Salzburg Johann Moser zum wirklichen Lehrer am Staatsgymnasium in Marburg ernannt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Religionslehrer des zweiten Staatsgymnasiums in Graz Joseph Starý zum Religionslehrer am ersten Staatsgymnasium dieser Stadt ernannt.

Am 11. Oktober 1873 wurden in der k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slovenische, kroatische und romanische Ausgabe des am 27. September 1873 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen III. Stückes des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet. Dasselbe enthält unter

- Nr. 142 die Verordnung des Justizministeriums vom 1. September 1873 betreffend die Errichtung eines Bezirksgerichtes zu Hartmanitz in Böhmen;
  - Nr. 143 die Verordnung des Finanzministeriums vom 13. September 1873 wegen Errichtung des Nebenzolles erster Klasse am Bahnhofe in Weipert zur Austrittsbehandlung von Zucker;
  - Nr. 144 die Verordnung des Finanzministeriums vom 19. September 1873 betreffend das Verbot der Ein- und Durchfuhr von Fabern nach Dalmatien;
  - Nr. 145 die kaiserliche Verordnung vom 23. September 1873, mit welcher auf Grund des § 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867 (R. G. Bl. Nr. 141) die Eingangszölle für Getreide und Hülsenfrüchte zeitweilig aufgehoben werden.
- (W. Ztg. Nr. 238 vom 12. Oktober.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Zu den Wahlen.

An die Wahlmänner ist die höchst wichtige Aufgabe herangetreten, die Reichsrathswahlen vorzunehmen. In den Händen der Wahlmänner ruht die schwerwiegende folgen schwere Entscheidung: ob die Landbevölkerung, namentlich jene in Krain, die bisher ausschließlich am clerical-nationalen Gängelbände geführt wurde, nunmehr die Fahne der Verfassung, der Reichsangehörigkeit, der Kultur und des Fortschrittes hochhalten, ob auch das freundliche Krain, dieser werthvolle Juwel in der österreichischen Kaiserkrone, in Zukunft im Reichsrathe von Männern vertreten sein wird, welche das Wohl des Reiches, des Landes Krain und seiner Bevölkerung aufrichtig wollen, oder von Männern, welche im Kampfe um ihre Sonderinteressen und in wilder Jagd nach idealen unerreichbaren Zuständen das Kaiserreich und Gesamtösterreich verleugnen; von Männern, welche das Volk zur geistigen Knechtschaft noch weiter verdammt wissen möchten. Leider zeigen einige der bereits vollzogenen Wahlmännerwahlen, daß noch ein großer Theil des Landes von den falschen Propheten und den Worten des falschen Evangeliums allzuwilliges Gehör schenkt und sich durch falsche Vorspiegelungen betören läßt.

Eine Partei, welche das Recht mit Füßen tritt, und sich nicht scheut, den Ehrentitel „Rechtspartei“ für sich in Anspruch zu nehmen, hat sich sogar vermaßen, das Wort kaisertreu zu mißbrauchen, um für ihre schlechte Sache Propaganda zu machen. Wir rufen den Wahlmännern noch in eilster Stunde neuerlich zu: Wer kaisertreu sein will, der muß auch verfassungstreu sein, weil auch der Kaiser verfassungstreu ist. In diesen Worten liegt das Schwergewicht der Aufgabe und Pflicht, welche die Wahlmänner übernommen. Wir können nicht glauben, daß es viele Pflichtvergessene unter jenen Männern gibt, welche zur Wahlurne zu treten berufen sind, denn der Dösterreich ist kaisertreu und darum wird er auch die vom Kaiser sanctionierte Verfassung hochhalten und nur verfassungstreuen Männern seine Stimme geben.

In allen Ländern erheben sich leitende Stimmen, die für Hochhaltung des verfassungsmäßigen Prinzips plaidieren. Die gestrigen Tagesblätter bringen unter anderem ein Programm, welches ein Reichsrathscandidat in Mähren — Dr. Weber — aufgestellt hat, welches zu reproducieren, wir nicht unterlassen wollen. Das Programm Dr. Webers lautet:

„Ich erkläre, daß ich treu und unerschütterlich an der zwischen der Krone und den legalen Vertretern des Volkes vereinbarten Verfassung und den freiheitlichen Staatsgrundgesetzen festhalte, daß ich diese Verfassung als die allein gültige, ja als die allein mögliche Grundlage für den dauernden Bestand und die Machtentwicklung unseres Vaterlandes Oesterreich ansehe, daß ich nur eine verfassungsmäßige Aenderung dieser Staatsgrundlagen als gültig ansehe und nur einer solchen Aenderung der Verfassung zustimmen könnte, welche im Geiste derselben ohne Beeinträchtigung der Reichseinheit erfolgen würde; — ebenso klar und bündig erkläre ich Ihnen, daß ich unverbrüchlich an jenen Grundsätzen festhalte, welche die Verfassungspartei seit jeher durch Wort und That bekannt hat. Die Vertreter der deutschen Nationalität, die die Grundsätze der Gleichberechtigung aller Nationalitäten in die Verfassung aufgenommen, haben dadurch ihren nationalen Pflichten und der naturgemäßen führenden Stellung der für die Einheit Oesterreichs eintretenden Deutschen in Oesterreich nichts vergeben. Sache der Politik ist es, die Deutschen in Oesterreich in dieser Stellung zu schützen — allein eine Verschmelzung der zwei Begriffe Nationalität und Politik und eine Beherrschung der letzteren durch erstere finde ich nicht gerechtfertigt. . . . Pflicht jedes Abgeordneten ist es, erstens für die Erhaltung und Consolidierung der Verfassung Sorge zu tragen, und zweitens die Entwicklung unserer freiheitlichen Institutionen anzustreben.

Wenn ich aber auch diese zwei Grundsätze neben einander gestellt habe, so erkläre ich doch mit vollster Offenheit, daß ich die erste Pflicht, nemlich jene der Erhaltung und Consolidierung der Verfassung als die wichtigere und entscheidendere erkenne, so zwar, daß jede auf Fortschritt hinzielende Frage vor allem von dem Gesichtspunkte aus beurtheilt werden muß, ob hiedurch nicht die Erhaltung und Consolidierung der Verfassung gefährdet oder beeinträchtigt werde.“

Nach einem Rückblick auf die Gefahren des früheren Wahlsystems fährt der Redner fort: „Die eminente Gefahr für den Bestand der Verfassung erscheint daher durch die Wahlreform beseitigt; allein dies kann uns nicht genügen, denn wenn die Verfassung ihre Wohlthaten in vollem Maße entfalten soll, so muß dieselbe auch ihrem Geiste und Sinne gemäß ausgeübt werden. Hierzu ist aber ein einträchtiges Zusammengehen der Verfassungspartei mit dem Ministerium unerlässlich notwendig; nach langem Kampfe sehen wir jetzt Männer an der Spitze der Regierung, deren politische Grundsätze bewährt und deren Verfassungstreue aus ihrer früheren politischen Thätigkeit bekannt ist. Wir haben daher vollen Grund zum Vertrauen zu diesem Ministerium, und wenn auch in einzelnen Zweigen ihrer Thätigkeit sich nicht jener rasche Fortschritt kennzeichnet, welchen manche unserer Parteigenossen, von einem idealen Standpunkte ausgehend, wünschen mögen, so dürfen wir doch nicht übersehen, daß die Politik nicht auf idealem, sondern auf concretem Boden stehen und von den bestehenden Verhältnissen ausgehen muß.“

### Ueber die Lage in Kroatien

berichtet ein Correspondent aus Agram vom 7. September folgendes:

„Wie hat noch Kroatien eine Regierung so enthusiastisch, mit so ungelünstelter und aufrichtiger Freude angenommen, wie das Regime Majuranić. Man knüpft im Volke an dessen Wirken die überschwenglichsten Hoffnungen, welche die Stellung des neuen Banus sicherlich nicht erleichtern, obwohl andererseits nicht zu leugnen, daß Majuranić eher als jeder andere auf Rücksicht rechnen darf, wenn er, wie dies denn auch nicht anders möglich, nicht allen Anforderungen und Erwartungen entsprechen wird.

Fast alle Parteien und Schichten des Landes sind jetzt bereit, den neuen Banus zu unterstützen. Die äußerste Rechte hat zu wiederholten malen geäußert, nicht nur nicht opponieren, sondern überall, wo es ihr möglich, der Regierung unter die Arme greifen zu wollen. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Partei, wenn man sie über-

haupt noch Partei nennen darf, durch das ruhige, besonnene, vorsichtige Auftreten und Vorgehen des Banus recht angenehm enttäuscht wurde. Man fürchtete eine vollständige Razzia in den Reihen des Beamtenstandes, namentlich Entlassung aller sogenannten Altunionisten; Majuranić aber dachte nicht im entferntesten daran, Beamten, die tauglich sind, deshalb, weil sie eine frühere, gesetzliche Regierung unterstützt haben, das heißt, ihrer Pflicht oblagen, zu pensionieren, denn einfach fortschicken konnte er sie gar nicht, da dies das Gesetz nicht zuläßt.

Die Mittelpartei ist ganz natürlich entzückt, ihren Mann an der Spitze der Geschäfte zu wissen, und wenn die Nachricht, der Banus werde die Sectionschefsstellen erst nach Sanctionierung des Revisionsgesetzes besetzen, anfangs auch ein wenig frappierte, kam man doch nach kurzer Erwägung zur Einsicht, daß ein derartiges, bedächtiges Vorgehen der Sache nur nützen könne.

Es war also nur noch die Opposition der zehn Tapferen auf der äußersten Linken zu fürchten. Aber auch diese Schar, welche nur allein der Haß gegen Ungarn zusammen und in Opposition hält, beginnt merklich zu wanken.

Ein Mitglied dieser Partei, Ferlic, hat, wie telegraphisch gemeldet, sein Mandat bereits niedergelegt, und zwar, weil er — wie er sagt — nicht im Stande wäre, einer nationalen Regierung, wie die jetzige, zu opponieren, sich derselben aber doch auch nicht anschließen könne, da er eine so innige Union mit Ungarn nicht für gut halte. Die Herren Rački, Dežman, Džić gehören überhaupt nicht ganz zur Partei des Herrn Malanec, der, einsehend, daß das Häuflein seiner Getreuen gewaltig zusammenschmelze und daß er überhaupt keine Rolle mehr spielen könne, ebenfalls den Vorschlag hegen soll, sein landstädter Mandat niederzulegen und seiner Advocatur in Petrinje fleißiger zu obliegen, was viel einträglicher sein soll, als in Kroatien Politik zu treiben, und endlich sehen ja die Herren auch ein, daß unter den jetzigen Verhältnissen Kroatien ohne Ungarn absolut nicht bestehen könne, und so haben sie denn einstweilen ihre Pläne, wenn auch mit Resignation, für die Zukunft kaltgestellt. Die früheren „Banuscandidaten“ statteten auch sämmtlich ihre Besuche bei dem neuen Banus ab, der jetzt eine nicht erhoffte Thätigkeit und Mäßigkeit entfaltet.

Täglich werden von 5—9 Uhr Abends Conferenzen und Sitzungen im Schoße der Regierung gehalten, jede Kleinigkeit wird eingehend durchberathen und festgestellt.

Hauptsächlich beschäftigt man sich mit zwei Gesetzentwürfen, die auch für Ungarn erhöhtes Interesse haben dürften, mit dem Gesetzentwurfe über die Hauscomunionen und mit jenen über die Ablösung der Robot.

In der jüngst einberufenen ungarischen Militärgrenze und selbst im Banat existieren noch immer Hauscomunionen, Ueberreste der anomalen sozialen Verhältnisse des Mittelalters, als eben so viele Herde der systematischen Faulheit und der größten Unsiittlichkeit. Die Auflösung der Hauscomunionen ist nur noch eine Frage der Zeit, die Durchführung dieser Auflösung aber ist eine viel schwierigere, als man auf den ersten Blick glauben sollte. In der kroatischen Militärgrenze wird seit 1872 die Theilung der Hauscomunionen auf Grund einer Verfügung des Generalcommandos, respective eines Gesetzes durchgeführt, indem das Vermögen einer Communio, welche um Theilung ansucht, nach den Köpfen der Familie vertheilt wird. Die frühere Regierung in Kroatien hat allerdings einen Entwurf ausgearbeitet, der anordnet, daß die Theilung nicht nach Köpfen, sondern nach Stämmen erfolgen müsse, was damit begründet werden sollte, daß die Theilung auf diese Weise leichter zu bewerkstelligen sei. Allein abgesehen davon, daß es nicht sehr klug wäre, im Provinziale andere Verfügungen zu treffen, als in der Militärgrenze, scheint die Theilung nach Stämmen auch allen modernen Rechtsanschauungen zu widersprechen, da man heute nur einen persönlichen Besitz kennt, und bei einer Theilung, wie die eben erwähnte, die Frauen ganz ignoriert würden, ja auch solche Anomalien vorkämen, daß z. B. ein Familienvater mit zehn Kindern und mehreren Enkeln ebensoviel erhielt als der kinderlose Bruder. Die Enquete-commission, welche zur Begutachtung dieses Entwurfes noch unter Balanović einberufen wurde, entschied trotz alledem mit 10 gegen 8 Stimmen für die Theilung nach Stämmen. Wie nun der neue Banus diesbezüglich denkt, das wird erst in einigen Tagen zu erfahren sein. Die Angelegenheit ist also noch lange nicht entschieden und schließlich wird doch der Landtag den Ausschlag geben. Möge aber was immer beschlossen



werden, so dürfte es in keinem Falle überflüssig sein, die ungarische Regierung aufmerksam zu machen, die Resultate der Theilung in den Communionen zu studieren, Daten zu sammeln, und auf Grund derselben auch in Ungarn die Lösung dieser Frage durch ein Gesetz zu ermöglichen.

Nicht minder wichtig für Ungarn wie für Kroatien ist die Ablösung der Robot, gegen die sich hier eine starke Opposition bildete, indem man behauptet, daß die Gemeinden nicht im Stande sein werden, das, wenn auch nach dem günstigsten Schlüssel bemessene Ablösungsgeld zu bezahlen, und der Bauer lieber arbeitet, da er ohnehin keine andere Arbeit erhält, und der Straßenbau dann ganz in die Hände der Italiener gerathen würde. Wir können hierüber keine Meinung abgeben; jedenfalls muß auch diese Angelegenheit bald geordnet werden.

Am 13. d. M. beginnen die Sitzungen wieder. Die Landtagsmitglieder dürften nach einer, allen Aussichten nach, sehr guten Weinlese mit frohem Gemüthe zur Arbeit kommen und die Vorlagen vielleicht schon bis Ende dieses Monats erledigen, keinesfalls aber ihre Arbeiten über den 8. November, den Tag des Wiederzusammentrittes des ungarischen Reichstages, hinaus ausdehnen."

### Staat und Kirche in Preußen.

Berliner Blätter melden, daß die Regierung nun mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen die renitenten Bischöfe vorgehen will. Eine Vorladung zum Criminalgericht wegen wiederholter gesetzwidriger Anstellung von Geistlichen ist dem Erzbischofe Ledochowski bereits zugegangen.

Die „Spener'sche Ztg.“ entwickelt den weiteren Verlauf der Dinge, wie folgt: „Da der Erzbischof Ledochowski unter keiner kirchlichen Behörde innerhalb des deutschen Reiches steht, so kann der Staat sich seinethalben nicht an eine höhere kirchliche Instanz wenden, sondern er muß ihn unmittelbar zur Niederlegung seines Amtes auffordern. Diese Aufforderung erfolgt schriftlich unter Angabe der Gründe seitens des Oberpräsidenten der Provinz, der dem Bischof zugleich eine Frist zu stellen hat, innerhalb welcher der Aufforderung Folge zu geben ist. Leistet Herr v. Ledochowski, wie vorausgesehen ist, nicht Gehorsam, so stellt der Oberpräsident bei dem Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten den Antrag auf Einleitung des gerichtlichen Verfahrens. Auf Ersuchen dieses Gerichtshofes beauftragt dann das Appellationsgericht in Posen einen etatsmäßigen Richter zur Führung der Voruntersuchung. Fällt diese Voruntersuchung für den Angeklagten günstig aus, so kann der oberste Gerichtshof beschließen, das Verfahren gegen den Erzbischof einzustellen. Indessen, da die Gesetzwidrigkeiten des Herrn v. Ledochowski notorisch sind, so ist dieser Ausgang wenig wahrscheinlich, und es tritt dann der andere Fall ein, daß der Angeklagte unter Mittheilung der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft (die Berichtigungen der letzteren werden durch einen von dem Kultusminister ernannten Beamten wahrgenommen) zur mündlichen Verhandlung vor dem obersten Gerichtshof geladen wird. Herr v. Ledochowski erhält also eine Einladung nach Berlin. Er kann persönlich kommen, er kann sich eines Rechtsanwaltes als Verteidiger bedienen. Die Verhandlung über die ihm vorgeworfenen Gesetzwidrigkeiten und die Entscheidung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Ein von dem Vorsitzenden des Gerichtshofes ernannter Referent übernimmt die Darstellung der gesammten Sachlage, hierauf folgen der Verteidiger und der Vertreter des Kultusministers mit ihren Vorträgen. Soweit überhaupt irgend ein Gericht der Welt Garantien für

ein unparteiliches Urtheil gibt, ist in dieser Verhandlung die Unparteilichkeit garantiert. Nur freilich einen Grundsatz wird der Gerichtshof als rocher de bronze betrachten, den Grundsatz nemlich, daß jeder Staatsbürger verpflichtet sei, den Staatsgesetzen zu gehorchen. Sollte der Gerichtshof finden, daß dieser Grundsatz von dem Erzbischof systematisch verlegt, daß also sein Verbleiben im Amte mit der öffentlichen Ordnung unverträglich ist, dann lautet das gerichtliche Urtheil auf Entlassung, welche die rechtliche Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes, den Verlust des Einkommens und Erledigung der Stelle zur Folge hat.

Und wenn der Erzbischof sich auch diesem Urtheile nicht fügt, was erfolgt dann weiter? Das Gesetz vom 12. Mai ordnet gegen Geistliche, welche nach erfolgter Entlassung Amtshandlungen vornehmen, abermals Geldbußen an, und das ist vielleicht die schwächste Stelle des Gesetzes. Indessen fragt es sich doch, ob die monarchische deutsche Verwaltung nicht besugt ist, in solchem Falle ebenso zu handeln, wie die republikanische Schweiz gegen den Bischof Merimold gehandelt hat. Und sollte in dieser Beziehung ein Zweifel berechtigt sein, so werden sofort in der nächsten Session die Mai-Gesetze ergänzt werden müssen. Denn so viel ist klar, dürfte der gerichtliche abgesetzte Erzbischof von Posen in seinen Diocesen weiter agitieren, so würde er, gestützt auf den Fels der ultramontanen Kirche, nemlich auf die Blindheit der Massen, den Staat und seine höchsten Gerichtshöfe verhöhnern, und das darf nimmer geschehen. Ins Gefängnis soll der Vertheilte nicht wandern, aber in eine andere Provinz versetzen oder verbannen muß man ihn können. Und wenn die Verwaltung nicht diesen Schritt thun darf, so wird die Gesetzgebung sie dazu ausdrücklich ermächtigen müssen."

### Aus Frankreich.

Das „Ausland“ enthält über die finanzielle Lage in Frankreich einen Artikel, worin bei Beleuchtung der Geldleistungen Frankreichs berechnet wird, daß diese Leistung die amerikanische Tilgung weit hinter sich lasse. Amerika hat vom 31. August 1865 bis 1. April 1873 seine Staatsschuld von 2758 auf 2155 1/4 Mill. Doll. vermindert, also in 91 Monaten um 602 1/4 Mill. Doll. gleich 3,164,221,500 Francs.; Frankreich zahlte fünf Milliarden in 28 Monaten; in Frankreich kommen 178 1/2 Mill. Francs. auf den Monat, in Amerika 34 7/10 Millionen, also nur ein Fünftel der französischen Zahlung. Dazu kommt die laut Convention vom 28. Februar 1871 übernommene Erhaltung der Occupationsarmee, welche täglich 875,000 Francs. für Portionen und 375,000 Francs. für Rationen stipuliert, was vom 3. September 1871 bis 5. September 1873, also in 918 Tagen, unter Berücksichtigung der späteren Herabminderung, mehr als eine Viertelmilliarde Francs. beträgt. Auch die Neuorganisation der französischen Armee mußte geschehen, und kann nicht unter eine halbe Milliarde gelöst haben. Dazu der Gebietsverlust (1449,800 Hect. fruchtbarer Landes) und die Verringerung an Steuerzahlern durch die Abtretung von Elsaß-Lothringen (welche letztere vier pCt. der Gesamtbevölkerung ausmacht), so daß die Leistung von nur 37 Millionen Einwohner getragen werden mußte. Das „Ausland“ fügt die Bemerkung bei, daß zwar den Personen, die seit 1870 Frankreich regierten, alle Anerkennung für die Durchführung gebührt, daß aber das napoleonische Regime durch freisinnige Handelspolitik die Basis für diese Leistungsfähigkeit geschaffen.

Dieser Tage fand im Prozeß Bazaine die Ver-

lesung des Anklageberichts statt, welcher nachweislich Bazaine habe es trotz der gebotenen Möglichkeit verweigert, mit der Regierung der nationalen Befreiung in Verlehr zu treten, und Bazaines Behauptung, es hätte an Lebensmitteln und an Munition gefehlt, sei unrichtig. Der Bericht reicht bis zur Vortretung vor Metz. Es geht ein Gerücht, Lauchad werde nach der Verlesung des Anklageberichts die Verlesung eines Befestigungsmemorandums verlangen.

Ueber diesen Prozeß bemerken die „Times“ folgendes: „Marschall Bazaines Freunde versichern, daß an einer befriedigenden Aufklärung nicht fehlen werde. Seine Ankläger beschuldigen ihn zum wenigsten einer unwürdigen und feigen Lässigkeit, selbst wenn er seine militärische Pflicht der Förderung von Plänen für die Aufrechthaltung seiner eigenen Bedeutung in irgend einer künftigen Reconstruction Frankreichs nicht unterlassen. Er ist geheimer Unterhandlungen mit den preussischen Commandeuren behufs der zwangsweisen Wiederherstellung der napoleonischen Dynastie verdächtig. Es heißt, daß Prinz Friedrich Karl und der Kronprinz schriftliche Evidenz über diesen Punkt verlangen. Vor allem mag es billigerweise bezweifelt werden, ob Bazaines Aussichten auf Entkommen, er einmal in Metz eingeschlossen war, je hätten werden können. Wenn es den Deutschen glückt, die Armee einzuschließen, als sie in der vollen Kraft der ersten Stellung war, ist es wahrscheinlich, daß sie einen Weg des Entrinnens an der Spitze besiegter und demoralisierter Truppen offen lassen würden? Es ist das sein scheinbarer Mangel an Energie in den entscheidungsvollen Schlachten des August einem Mangel an Munition zuzuschreiben sei, für welchen nicht der Marschall, sondern die Intendantur unverantwortlich war. Alle diese Zweifel werden indeß, wie wir hoffen, durch den Prozeß aufgeklärt werden, und falls nicht eine politische Revolution ihn unterbricht, werden wir klarer als bisher die wirklichen Ursachen der großen französischen Niederlagen von 1870 erfahren."

### Politische Uebersicht.

Laibach, 12. Oktober.

Wie „Pesti Naplo“ erfährt, soll in Angelegenheit des neuen ungarischen Anlehens am 15. d. M. in London eine Konferenz des Consortiums stattfinden, von welchem man eine definitive Beschlußfassung erwartet.

Die officiösen „Deutschen Nachrichten“ melden in unterrichteten Kreisen sei nichts darüber bekannt, daß der Prozeß Bazaine auf das Zeugnis preussischer Generale und Offiziere provociert worden ist. Der Marschall hat bekanntlich ein seinerzeit ihm vom Prinzen Friedrich Karl gemachtes, dahin zielendes Anerkenntnis abgelehnt und dürfte kaum geneigt sein, diesen Entschluß rückgängig zu machen. Sollte jedoch im Laufe der Verhandlung vonseite der Verteidigung ein besonderes Gewicht auf das Urtheil des Gegners gelegt und vom Gericht ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt werden, so würde, wie die „Deutschen Nachrichten“ hören, in maßgebenden Kreisen einer solchen Requisition kein Hindernis in den Weg gelegt werden.

Im preussischen Handelsministerium sollen Beratungen über die Frage stattfinden, ob nicht Provisionen für sämtliche Arbeiter, auf einer einheitlichen Grundlage wie die Knappschaftskassen, einzuführen seien. Der Handelsminister hat bereits vor längerer Zeit durch die Provinzialregierungen Erhebungen nach dieser Richtung hin machen und sich das hiebei gewon-

## Feuilleton.

### Hofintriguen.

Historische Novelle von Fr. Wilibald Wulff.  
(Fortsetzung.)

„Auf ein Wort, Gräfin!“ rief die Marquise plötzlich, indem sie sich nach der Gräfin umwandte, welche im Begriffe stand, den Garten zu verlassen. „Ich habe mit Euch allein zu reden.“

Die Gräfin eilte sogleich der Marquise entgegen. „Mit Ungeduld erwarte ich Eure Befehle.“

„Ihr seid meine Freundin, nicht wahr, Gräfin?“ fragte Athenais lauernd.

„Ich bin Euch mit ganzer Seele ergeben,“ entgegnete die Gräfin.

„So hört mich an. Ich hatte noch nicht Gelegenheit, mich über gewisse Dinge gegen Euch auszusprechen. Erlaubt mir, Euch jetzt um Euren Rath zu bitten.“

„O Marquise, welche Gnade!“ sagte die Gräfin, aufs Höchste von der Leutseligkeit der Geliebten Ludwigs XIV. entzückt.

„Ihr habt die tiefste Einsicht in alle Verhältnisse des Hofes,“ fuhr Athenais fort. „Ihr übt einen bedeutenden Einfluß auf hochgestellte Personen aus. So kann es denn Eurem Scharfblicke auch nicht entgangen sein, daß man bei Hofe auf dem Punkte steht, etwas höchst Abenteuerliches, Romanhaftes zu begehen, ich meine die Vermählung eines Abenteurers mit einer Prin-

zessin des Königshauses. Nicht wahr, Gräfin, ist es nicht entsetzlich? Ich lese in Euren Augen dieselbe Indignation, die auch mich erfüllt.“

Die Gräfin bejahte, indem sie majestätisch mit dem Kopfe nickte.

„Man muß nichts unversucht lassen, diese Heirat zu hintertreiben,“ flüsterte Athenais. „Aber wer soll die ersten Schritte dagegen thun?“

„Ihr, Marquise. Wer besitzt wie Ihr das Vertrauen, die Liebe des Königs? Wer steht ihm so nahe und wer hat ein dringenderes Interesse, diese Verbindung zu verhindern, als Ihr? Lauzun steht schon jetzt in einer Gunst, die früher oder später gefährlich werden kann. Durch die Vermählung mit Anna von Montpensier wird er ein Vetter des Königs. Durch ihn gewinnt auch die Prinzessin Einfluß auf den König. Das sind drohende Gewitterwolken, welche sich über Eurem Haupte sammeln.“

Die Marquise wandte den Kopf, um eine Geberde des Unwillens zu verbergen.

„Das hat selbst diese Thörin begriffen,“ murmelte sie vor sich hin. Dann setzte sie laut hinzu:

„Wahrlich, Gräfin, Eure Combinationen sind meisterhaft.“

Die Gräfin verbeugte sich vor Freude strahlend.

„Ihr meint also, ich sollte mich dieser Heirat widersetzen?“ fragte Athenais.

„Ja, Marquise; jedoch mit der größten Behutsamkeit, denn offenen Widerstand erträgt der König niemals.“

„Ihr habt recht, Gräfin. Lauzun ist sein Lieb-

lingsidee des Königs geworden. Er betrachtet sie als ein Werk seines souverainen Willens. Wer ihm entgegentritt, hat alles von seinem Zorne zu befürchten.“

Ihr seht also, in diesem Augenblicke ist nichts dagegen zu thun, wir müssen auf eine günstigere Zeit warten.“

Das begreife ich, Marquise, wenn es nur dann nicht zu spät ist.“

Athenais hatte bis zu diesem Augenblicke nachdenkend vor sich niedergeschaut. Jetzt erhob sie das Haupt, ihre Augen blitzten.

„Ich habe ein Mittel gefunden, der Graf muß außer Stand gesetzt werden, die Heirat zu schließen, und er wird es, wenn wir ihn in ein Duell verwickeln können.“

Betroffen blickte die Gräfin die Marquise an. Athenais fuhr fort:

„Fällt Lauzun, so können wir wieder frei athmen. Wird er verwundet, so muß er erst wieder geheilt sein, ehe er sich vermählen kann. Und setzen wir den schlimmsten Fall, er siegt, so muß er fliehen und erst Begnadigung vom Könige erlangen. Darüber würde eine geraume Zeit vergehen, und diese für ihn verlorene Zeit wäre eine gewonnene für uns.“

„Herrlich!“ rief die Gräfin, „Lauzun verdient diese Züchtigung für seine Kühnheit.“

„Er wird uns nicht entgehen. Aber ich muß auf Eure Hilfe bauen können, Gräfin. Ihr habt unbedingt Gewalt über den Marquis von Surville; denn der Marquis habe ich dazu ersuchen, unseren Plan auszuführen.“

„Surville?“ fragte die Gräfin betroffen.



nene Material ausständigen lassen. An den Berathungen, welche eben beginnen, nehmen auch Vertreter größerer Gewerke, die hiezu besonders vom Handelsminister eingeladen sind, theil.

Am 10. d. richteten 27 pariser Municipalräthe ein Schreiben an sämtliche Deputierte von Paris, worin sie behaupten, daß die Nationalversammlung nicht das Recht habe, die Volkssouverainität zu beseitigen, daß die Majorität des französischen Volkes den Grafen von Chambrord zurückweise, und worin sie von den Deputierten der Seine eine freimüthige Erklärung über das Votum verlangen, welches sie abgeben werden. — Der „Times“ telegraphirt man aus Paris, daß Thiers auf die Vorstellung einiger einflussreichen Mitglieder der republikanischen Partei die Verlängerung der Gewalt des Marschalls Mac Mahon unterstützen will.

Die Eröffnung der neuen italienischen Kammer Session ist, wie die „Opinione“ mittheilt, in einem Ministerrath auf den 15. November angesetzt worden, und zwar soll sie durch den König selbst erfolgen. — Dasselbe Blatt versichert, daß die Ernennung der sieben Armeecorpscommandanten, von der dieser Tage in den italienischen Blättern die Rede war, erst am 1. Jänner 1874 erfolgen werde; es sei daher verfrüht, jetzt schon den Amtstitel der zu Ernennenden anzugeben, unrichtig sei es aber, daß der Kronprinz das Generalcommando in Neapel übernehmen werde. Dieses Dementi trifft nicht die neueste Angabe des „Fanfulla“, daß das Generalcommando in Rom dem Kronprinzen zugeordnet sei. — Finanzminister Minghetti änderte die von Sella ausgearbeiteten Budgets für das Jahr 1874 mehrfach ab; das Kriegsbudget jedoch wurde unverändert mit zwanzig Millionen im außerordentlichen und hundertfünfundsechzig Millionen im ordentlichen Theile beibehalten.

Dem Correspondenten der „Times“ im karlistischen Hauptquartier zufolge hat General Clio den Rückzug von Tolosa aus mit großem Mangel an Munition begründet. Zwei Bataillone hätten nach seiner Angabe nur mehr 12 Patronen per Mann gehabt. Der General habe dabei auch auf die große Mannigfaltigkeit an Gewehren hingedeutet, welche sich in den Händen der Truppen befänden. So z. B. habe man bei Tolosa Remingtonpatronen in Masse, dagegen aber sehr wenig dazu passende Gewehre gehabt. Gegenwärtig sei diesem Uebelstande abgeholfen, indessen seien trotzdem für die nächste Zeit keine größeren Offensivbewegungen der Carlisten zu erwarten.

Dem Vernehmen nach wird eine Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten in Nordamerika vorschlagen, Gold demnächst wieder zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu machen.

### Wiener Weltausstellung.

In bezug auf den Abbruch der Bauten auf dem Ausstellungsplatz bemerkt ein wiener Correspondent der „Bohemia“ folgendes: „Die hie und da verbreiteten Meldungen, daß über den Bestand der Weltausstellungsbauten schon Dispositionen getroffen worden seien, sind gänzlich erfunden. Die Frage, was mit den einzelnen officiellen Bauobjecten geschehen solle, ist noch nach keiner Richtung hin entschieden und auch nicht einmal ersichtlich zur Anregung gelangt. Die Lösung dieser Frage ist eine sehr complicirte, da eine Reihe von Interessen da collidieren, die alle früher klar gestellt werden müssen. Unter diesen spielt das Eigenthumsrecht auf das Baumaterial, auf welches einzelne Unternehmer Ansprüche zu erheben willens

„Der Marquis“ fuhr Athenais fort, indem sie sich den Anschein gab, als habe sie das Erstaunen der Gräfin nicht bemerkt, „muß sich ihm zu nähern suchen. Lauzun ist ein heftiger, feuriger Charakter. Surville muß ihn beleidigen, jernern, und wenn es möglich ist, tödten.“ Die Züge der Marquise hatten in diesem Augenblicke einen unheimlichen, düsternen Ausdruck angenommen. Die Gräfin, obgleich sie nichts so sehr wünschte, als sich an dem Grafen, der so viele abscheuliche Bonmots über ihr Verhältnis zu dem Marquis verbreitet hatte, zu rächen, so war es ihr doch nicht angenehm, daß eben Surville das Werkzeug in den Händen der Montespan sein sollte. „Aber,“ sagte sie zögernd. „Lauzun ist ein gewandter Fechter.“

Athenais parierte diesen Streich, indem sie mit einem bezaubernden Lächeln erwiderte: „Das ist Surville auch, ich weiß es.“ Die Gräfin schüttelte sich geschmeichelt. „So habe ich es nicht gemeint. Ich dachte über die Folgen dieses Duells nach, wenn Lauzun unterläge. Was hätte ich dann für den Marquis zu befürchten?“ „Nicht das Geringste, Gräfin. Ich verbürge mich für die Verzeihung des Königs,“ sagte die Marquise rasch. „Und für die Wiedervergeltung laßt nur mich sorgen. Ich weiß,“ warf sie nachlässig hin, „Ihr wünscht schon seit langer Zeit, Ehrendamen der Königin zu werden. Ihr seid es in demselben Augenblicke, in welchem Surville über den Grafen siegt.“

Diesem Versprechen konnte die Gräfin nicht widerstehen.

sind, keine geringe Rolle. Eine besondere Eile hat es mit der Austragung dieser Sache nicht, da es keines geringen Zeitraumes bedürfen wird, bis die Aussteller ihre Objecte weggeräumt haben werden. Früher kann ja ohnehin an dem Baue nicht gerüttelt werden. Gering gerechnet, kann man einen Zeitraum von einem halben Jahre für den Wegtransport der Ausstellungsobjecte als nothwendig annehmen.

Die „Wiener Zeitung“ bringt einen Rechnungsauszug von der Gebahrung bei der Weltausstellung 1873 in Wien bis Ende September 1873. Die Einnahmen betragen bisher im ganzen 17.729,270 fl. 96 kr., und stellten sich folgendermaßen zusammen: Den größten Theil derselben bildete natürlich die Staatsdotacion, von der der Weltausstellungsfond 15.043,314 fl. 15 kr. empfangen hat; die eigenen Einnahmen der Weltausstellung bezifferten sich bis Ende September auf 2.681,627 fl. 65. kr. Diese eigenen Einnahmen sind aber vom ersten Beginn des Unternehmens gerechnet; sie machten zwar bis Ende 1872 nur 190,475 fl. 53 kr. und im ersten Quartal 1873 nur 175,046 fl. 98 kr. aus, stiegen aber im zweiten Quartal, in das die Eröffnung der Ausstellung fiel, auf 1.000,302 fl. 49 kr. und im dritten Quartal auf 1.315,802 fl. 65 kr. Schließlich sind noch „fremde“ Einnahmen mit 4329 fl. 15. kr. eingerechnet.

Die Ausgaben hatten dagegen schon Ende 1872 die Höhe von 6.531,016 fl. 91. kr. erreicht und beliefen sich dann im ersten Quartale 1873 auf 2.466,698 Gulden 54 kr., im zweiten Quartale auf 3.753,827 fl. 52 kr., und im dritten Quartale auf 2.018,390 fl. 15 kr., machen also zusammen die Summe von 14.769,933 fl. 12. kr. aus. Ferner sind von den Einnahmen 2.681,627 Gulden 65. kr. an die Staatskasse abgeführt worden, so daß also dieser Rechnung zufolge der Cassastand Ende September 277,710 fl. 18 kr. betrug.

### Unterrichtswesen in Preußen.

Im Jahre 1872 haben bei den 212 Gymnasien des preussischen Staates von 2664 Schülern, welche die Prüfung vollendet haben, 2541 das Maturitätsgewissnis erhalten; 123 haben die Prüfung nicht bestanden; im Jahre 1871 waren unter 2137 Aspiranten 1843 Maturi. Von denjenigen, welche im Jahre 1872 das Zeugnis der Reife erhalten haben, studieren 232 evangelische, 278 katholische Theologie, 600 Jura, 47 Cameralia, 467 Medicin, 314 Philologie und Philosophie, 111 Mathematik und Naturwissenschaften, zusammen 2049, 488 Maturi widmeten sich nicht den Studien; von denselben traten 107 in den Militärdienst, 139 gingen zum Staatsbaufach, 13 zum Bergfach, 158 zum Post-, Forstfach und anderweitigen Staatsdienst, 71 zur Oekonomie und Industrie über. Bei dem Gymnasium in Cornbach (Waldeck) bestanden 2 Aspiranten die Prüfung und studieren beide Medicin.

Bei den 78 Realschulen erster Ordnung haben im Jahre 1872 von 452 Aspiranten 425 die Prüfung bestanden. Von ihnen traten 40 in den Militär-, 128 in den Staatsbauendienst, 16 gingen zum Bergfach, 82 zum Forst-, Postfach und anderweitigen Staatsdienst über, 107 wurden Oekonomen, Industrielle u. s. w., 52 erwählten andere Berufe. Im Jahre 1871 hatten von 356 Abiturienten 309 das Zeugnis der Reife erlangt.

Bei den 15 Realschulen zweiter Ordnung haben im Jahre 1872 9 Abiturienten die Prüfung vollendet und bestanden, von denen sich 2 dem Staatsdienst, 7 dem Fache der Oekonomie, Industrie u. s. w. widmeten. Im Jahre 1871 hatten von 13 Aspiranten 11 das Zeugnis der Reife erhalten.

„O, theure Marquise, Eure Güte drückt mich zu Boden.“

„Auch Surville soll mit mir zufrieden sein,“ fuhr Athenais fort. „Ich denke, der Verdienstorden wird ihn gut kleiden.“

Die Gräfin war außer sich vor Freude und erklärte sich bereit, den Marquis veranlassen zu wollen, den Kampf sobald wie möglich zu beginnen.

Die Geliebte des Königs unterbrach sie: „Still, ich sehe Lauzun kommen. Laßt mich mit ihm allein. Weilt unterdessen den Marquis in unseren Plan ein.“

Mit einer tiefen Verbeugung verließ die Gräfin den Garten.

Athenais blickte ihr nach, indem ein spöttisches Lächeln über ihre Züge flog. Dann wandte sie sich dem Grafen entgegen, welcher die Allee dahergeeilt kam, und reichte ihm die Hand, welche Lauzun an seine Lippen führte.

„So allein, Marquise,“ fragte der Graf, „oder,“ fuhr er fort, indem er auf die Gräfin deutete, welche sich entfernte, „wie ich sehe noch schlimmer, als allein.“

„Was soll man beginnen? Mittheilung ist ein so großes, reines Vergnügen, da man es gegen niemand zu theuer erkaufte, zumal heute, wo eine so hocherfreuliche Kunde durch alle Herzen geht. Wir sprechen von Eurer Verbindung, Graf, und stellen dabei die Frage auf, wer von Euch beiden Liebenden der Glücklichere sei?“

(Fortsetzung folgt.)

### Tagesneuigkeiten.

— (Von der Hossjagd.) Wie „Bad, es Verfehlyap“ berichtet, haben Se. Majestät der Kaiser in Gäßböls einen prächtigen Zwanzigender geschossen. Se. k. Hoheit Prinz Leopold von Baiern hat einige Zwölfender erlegt. Der Hofarzt Dr. Wiederhofer hat an einem Tage mit vier Schüssen vier Zwölfender zu Boden gestreckt. Ihre Majestät die Kaiserin dürften auch einige Parforcejagden in der Umgebung von Szada, Bözösbar und Moggorod mitmachen.

— Wie den „N. T. St.“ aus Starnberg mitgetheilt wird, beabsichtigen Ihre k. Hoheiten Prinz Leopold und Erzherzogin Gisela das Schloß Starnberg zu kaufen. Anbahnungen deshalb sind bereits mit dem Aerar, welchem das Schloß gehört, getroffen. Das Project soll vom König Ludwig II. selbst ausgegangen sein, welcher wünscht, das erlauchte Ehepaar nächstes Frühjahr in seiner Nähe bei Schloß Berg zu sehen.

— (Zu den Wahlen.) Aus Anlaß des Beginnes der Wahlen in den Reichsrath schreibt die „Presse“: Wie immer auch der Ausgang des Wahlkampfes beschaffen sein wird, so läßt sich doch unter allen Umständen heute schon ein großer Gewinn verzeichnen. Mit Recht wies ein auswärtiges Blatt, die „Frankf. Btg.“ leghin auf die Thatsache als besonders markant hin, daß gerade die gegenwärtige Wahlbewegung das erstarkte österreichische Staatsbewußtsein mehr als je hervortreten lasse. Das sei die erste gute Folge der Wahlreform.

— (Escomptierung der am 1. November 1873 fälligen Coupons.) Die k. k. Staatsschuldenkasse ist angewiesen, vom heutigen Tage an, die am 1. November 1873 fälligen Coupons der einheitlichen Notenrente und des Lott oanlehens vom Jahre 1860 bei der Präsentation gegen Abnahme von 5perc. Zinsen zu escomptieren.

— (Die Ordensverleihungen), welche die fremden Souveräne der österreichischen Armee gewidmet haben, wurden jetzt veröffentlicht. Am splendidesten war der Schah von Persien, er verlieh 9 Großkreuze, 8 Sonnen-Orden zweiter Klasse, 25 dritter, 35 vierter und 2 Sonnen-Orden fünfter Klasse, außerdem 61 silberne und 2 goldene persische Sonnen- und Löwen-Medaillen.

— (Dr. Dorn und der triester Stadtrath.) Der triester Stadtrath hat, wie bereits bekannt, dem Eigenthümer der „Triester Btg.“ die angeforderte Aufnahme in die städtische Wahlliste verweigert. Das Ministerium hat den Recurs des Stadtrathes gegen die vonseite der Statthalterei erfolgte Suspendierung des Beschlusses betreffs der Nichtaufnahme Dorns in die städtische Wahlliste verworfen.

— (Cholera.) Vom 8. zum 9. Oktober wurden in Wien, ausschließlich der Spitäler 7, vom 9. zum 10. Oktober außerhalb der Spitäler 3 neue Erkrankungsfälle an Brechdurchfall amtlich gemeldet. — Von Witternacht des 9. bis Witternacht des 10. Oktober kamen in Guardiella 1, in Greta 1 und in Servola 7 Cholerafälle vor. Geheusen sind 1, gestorben 2 Personen.

— (Weinlese.) In Ungarn ist die Weinlese bereits in vollem Gange und verspricht die Ernte fast überall in qualitativer Hinsicht eine vorzügliche zu werden.

— (Ein üppiger Stammbaum.) Am 23. v. M. starb in Agnetshelm Frau Maria Fernengel, geb. Theil, im 94. Lebensjahre. Aus ihrer Ehe gingen hervor: 7 Kinder, 32 Enkel, 102 Urenkel und 15 Urenkel, zusammen 156 Menschenleben.

— (Kaninchen als Nahrungsmittel.) Das „Landes-Centralblatt der Provinz Sachsen“ schreibt: „Im britischen Oberhause theilte Lord Ralmesbury anläßlich einer Debatte über den Verlauf von Hasen und Kaninchen mit, daß in der Fabrikstadt Nottingham wöchentlich über 3000 Kaninchen größtentheils von Arbeitern consumiert wurden und von Birmingham aus ein Wildpretthändler aufgefördert worden sei, wöchentlich 10,000 Stück zu liefern, daß der Import an Kaninchen von Ostende aus wöchentlich 1,500,000 Stück betrage und nicht weniger wie 30 Millionen Kaninchenfelle jährlich in England verarbeitet würden. Aus diesen Daten zog der Redner den Schluß, daß der Nahrungstoff aus dieser Masse von Kaninchen 335,000 Tonnen (670,000 Zentner) im Werthe von 1,500,000 Pfr. (15,000,000 fl.) jährlich veranschlagt werden müsse.“

### Locales.

— (Sanitätswesen.) Das k. k. Landespräsidium in Krain hat den k. k. Bezirksarzt Dr. Sigmund Wutscher von Rudolfswerth nach Gotschee, und den k. k. Bezirksarzt Dr. Ferdinand Böhm von Gotschee nach Rudolfswerth transferiert.

— (Zum Wahlrechte der Rußnießer geistlicher Güter.) Die von einigen politischen Landesbehörden auf Grund des bisherigen Usus zulässig erklärte Aufnahme der dem geistlichen Stande angehörigen Rußnießer von landtätslichen Gütern in die Wählerliste der Großgrundbesitzer hat in letzter Zeit viel Staub aufgewirbelt, einige Journalstimmen in hohem Grade erregt. Diese Journalstimmen dürsten die Thatsache nicht nach Gebühr verächtlichigt haben, daß das den weltlichen Rußnießern landtätslicher Güter zustehende Wahlrecht im Großgrundbesitze doch auch den geistlichen Rußnießern zustehen dürfte und bisher auch zugestanden wurde, nachdem das Wahlrecht eigentlich auf der Realität und nicht auf der Person basiert. — Wir sind heute in



der Lage, zur Vermeidung von Missverständnissen und zur Richtigstellung gebrachter Notizen über das Wahlrecht geistlicher Stimmen im krainischen Großgrundbesitz den Wortlaut des Einganges jener landesbehördlichen Erledigung mitzutheilen...

(Von der Oper.) Herr Simeon Klaar, erster Operntenor vom Landestheater in Lemberg, wird morgen im „Troubadour“ hier zum erstenmale auftreten.

(Das erste Militärconcert) in dieser Saison fand am 12. d. abends im Glassalon der Casino-restaurant statt. Das Concert war zahlreich besucht; einige der von der Regimentsmusikcapelle Herzog von Sachsen-Meinungen producirteten Piècen fanden lauten Beifall.

(Herr Ludwig Breitner) legitimierte sich in seinem gestrigen Concerte als Clavierpieler ersten Ranges. Wir hörten den jungen Künstler in Compositionen der verschiedensten Tonmeister; er trug „Mendelssohn“, „Chopin“, „Schumann“ und „Liszt“ vor.

(Ein Schadenfeuer) brach am 3. d. im Hause des Martin Arto, Nr. 28 in Büchelsdorf, Bezirk Gottschee aus. Der Brand verzehrte mit Blitzgeschwindigkeit 4 Wohngebäude, 4 Stallungen, 4 Getreidekammern...

(Stechbrieflich) verfolgt werden: Angelo Comelli aus Triest, Friseurgehilfe, 17 Jahre alt, wegen Diebstahl und Entweichung; Josef Schwarz, 28 Jahre alt, aus Mauer in Niederösterreich, Reserve-Oberkannonenier...

(„Victoria“) Illustrierte Muster- und Modezeitung. Verlag von Dr. van Muyden in Berlin. (Preis 22 1/2 Sgr. pro Quartal.) Mit dem 1. October eröffnet diese geschmackvolle Freundin der Frauenwelt wieder ein neues Quartal...

Börsebericht. Wien, 11. October. Ohne daß besondere Neuigkeiten vorgelegen wären, war die Börse bei prononciertem Geschäftslosigkeit stau und dies rüchsiglich der meisten Gattungen von Effecten.

Table of financial data for various banks and companies. Columns include bank names, currencies (Gold, Bare), and values. Includes entries for Nationalbank, Handelsbank, and various railway bonds.

Forstakademie in Mariabrunn, die diesfalls wohl auch bevorzugt werden dürfte - bewirbt sich um sämtliche Modelle für ihr Museum; Oberforstmeister Dandelmann wünscht ähnliche Erwerbungen für die königl. preussische Forstakademie Neustadt-Eberswalde...

(Zur Gefangenhaushaltstatistik.) Aus den statistischen Nachweisungen über die Strafanstalten in Steiermark, Kärnten und Krain entnehmen wir, daß im Vorjahre in Steiermark die Zahl der Verpflegstage für männliche Sträflinge 200,040, für weibliche 31,231 betrug...

(Stechbrieflich) verfolgt werden: Angelo Comelli aus Triest, Friseurgehilfe, 17 Jahre alt, wegen Diebstahl und Entweichung; Josef Schwarz, 28 Jahre alt, aus Mauer in Niederösterreich...

(„Victoria“) Illustrierte Muster- und Modezeitung. Verlag von Dr. van Muyden in Berlin. (Preis 22 1/2 Sgr. pro Quartal.) Mit dem 1. October eröffnet diese geschmackvolle Freundin der Frauenwelt wieder ein neues Quartal...

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte in Laibach.) Am 16. October. Franz Miklauč; Diebstahl; Johann Pančur und Franz...

Wien, 13. October. Die morgige Schließung vom 1. October, womit Landgerichtsrath Franz Schmid in Laibach Oberlandesgerichtsrath beim Oberlande...

Prag, 13. October. In 26 böhmischen Landgemeinden wurden 12 deutsche und 14 czechische Candidaten gewählt, eine Wahl entschieden.

Dresden, 13. October. Der sächsische Kronprinz erlitt vorgestern infolge Wagenumsturzes eine Contusion, befindet sich aber außer Gefahr.

Paris, 13. October. Bei vier Departementsergänzungswahlen für die Nationalversammlung wurden vier Republikaner gewählt.

Table titled 'Telegraphischer Wechselkurs vom 13. October'. Lists various exchange rates for currencies like Gold, Silber, and different bonds.

Table titled 'Angekommene Fremde'. Lists arrivals for Hotel Stadt Wien, Hotel Elefant, and Hotel Europa, including names and origins.

Table titled 'Meteorologische Beobachtungen in Laibach'. Shows weather data for October 13th, including temperature, wind, and humidity.

Table titled 'Wechsel' and 'Seldsorten'. Shows exchange rates for various locations like Augsburg, Frankfurt, and different gold/silver types.